



Parolenfassung EVP Schaffhausen: Volksabstimmung vom 10.06.2018

### **EVP sagt ja zu Investitionen in die Zukunft und ja zur Fusion der Busbetriebe**

Die „Vollgeldinitiative“ möchte bewirken, dass das Geld von Bankkunden zukünftig besser geschützt ist und Finanzkrisen verhindert werden. Diese Anliegen finden durchaus Verständnis und Zuspruch! Doch hat eine solche Veränderung des Geldsystems ein hohes Risiko zur Folge. Kein Land arbeitet mit dem Vollgeldsystem. Die Schweiz wäre das erste Land, welches dieses einführen würde. Die Umsetzung ist schwierig und der Ausgang ungewiss. Folgen davon könnten Unruhen an den Finanzmärkten sein und das Spekulations-Tor und -Tür geöffnet würden. Folgen wären sicher auch, höhere Gebühren für Bankdienstleistungen und höhere Zinsen. KMU's würden darunter leiden. Der ungewisse Ausgang wäre für die Schweizer Wirtschaft gefährlich, zumal diese abhängig ist vom Ausland. Sicher wäre auch das Wirtschaftswachstum gefährdet. Diese Gründe bewogen eine Mehrheit die Nein-Parole zu fassen.

Da sehr viele Vorlagen an den nächsten Abstimmungen im Juni zum Zuge kommen, beschloss der Vorstand an seiner letzten Sitzung die Ja-Parole zum „Geldspielgesetz“. Der Entschluss wurde den Mitgliedern begründet. Diese hatten keine Einwände dagegen.

Bei der Volksinitiative „Moratorium für Schliessung der Poststellen und SBB-Drittverkaufsstellen“, stimmten die Mitglieder mit einer grossen Mehrheit dagegen. Das 5-jährige Moratorium geht ihnen zu weit. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht muss die Post und die SBB Anpassungen vornehmen können, besonders da sich das Kundenverhalten stark verändert hat und Defizite die Folge waren. Postagenturen bieten teilweise bessere Dienste an, zum Beispiel bessere Öffnungszeiten und auch der Heimservice am Domizil scheint eine gute Alternative.

Beim Beschluss betreffend „Kredit für den Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums“ stimmten alle Mitglieder einstimmig für die Vorlage. Die Zusammenlegung des Gefängnisses, der Polizei und der Staatsanwaltschaft macht Sinn. Das Gefängnis ist veraltet und sicherheitstechnisch sehr bedenklich. Die Polizei wäre am selben Ort, hätte kürzere Arbeitswege als bis anhin und es stünden adäquate Parkplätze für die Dienstfahrzeuge zur Verfügung. Die Staatsanwaltschaft wäre neu auch am gleichen Ort und hätte neu eigene Sicherheitsräume. Alles an einem Ort bewirkt auch bessere Abläufe. Das Sicherheitszentrum ist kein Luxusobjekt. Sicherheitsmassnahmen sind nun mal teuer!

Auch die Vorlage betreffend „Kredit für einen Neubau für das Strassen- und Schifffahrtsamt“ fand ein einstimmiges Ja für die Vorlage. Die Zusammenlegung der verschiedenen Standorte an einen Ort erleichtert die Arbeit der Angestellten und zudem wäre das Amt besser zugänglich für die Kunden, dies durch die direkte Anschliessung an die Autobahn. Auch stehen öffentliche Parkplätze zur Verfügung.

Die Vorlage betreffend „Zusammenlegung der VBSh und der RVSh“ gab zu reden. Befürchtet wurde, dass die Landregionen schlechter erschlossen werden könnten, mittels der Buslinienführungen. Doch wie bis anhin, bestimmt der Kanton weiter die Linienführungen. Es

macht Sinn, in einem so kleinen Kanton alle Linien aus einer Hand zu bedienen. Die gesetzliche, öffentliche Ausschreibung der Strecken auf dem Land alle paar Jahre, entfällt. Fahrpläne können so besser aufeinander angepasst werden. Positiv ist auch, dass alle Angestellten übernommen und alle durch einen Gesamtarbeitsvertrag die gleichen Bedingungen haben werden. Deshalb stimmen die Mitglieder mit einer grossen Mehrheit für die Zusammenlegung.

Brigitte Bosshart: Aktuarin EVP

Beringen, 21.05.2018